# Stadt Bergisch Gladbach Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich	Datum	
5 - Jugend und Soziales	01.10.2002	
	Schriftführerin	Telefon-Nr.
	Sabine Biesenbach	02202/142847
		e-mail:
		s.biesenbach@fb5.stadt-gl.de

# **Niederschrift**

Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)	Sitzung am Mittwoch, 25. September 2002	
Sitzungsort	Sitzungsdauer	
Kindertagesstätte des DRK in Paffrath, Franz-Heider-Str. 58, 51469 Bergisch Gladbach	17:05 Uhr – 18:42 Uhr	

#### Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

# **Tagesordnungspunkt**

Inhalt

# Bereich Jugend

# A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 27.06.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil- 539/2002
- 4. Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Jugend öffentlicher Teil-
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil- 394/2002
- 6. Fortführung der Mittelfristigen Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime" 295/2002

7. Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Schildgen/Altenberg auf Förderung der Renovierungs- und Umbaukosten für die Jugendräume im Evangelischen Gemeindezentrum Andreaskirche 296/2002

8. Antrag des Vereins "Haus für die Jugend" Moitzfeld auf Förderung der Außenanlagen des Jugendtreffs 297/2002

- 9. Innenausstattung der Probenräume des DRK-Jugendtreffs in Paffrath 538/2002
- 10. Antrag des Vereins zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit e.V. vom 29. Juli 2002 auf Senkung des Trägeranteils für die Betriebskosten des ZAK-Jugendtreffs um 9 % 545/2002
- 11. Sozialräumliche Ausrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch Gladbach 547/2002
- 12. Kinderspielkreis an St. Elisabeth Antrag auf Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe nach § 75 KJHG 502/2002
- 13. Anerkennung des Vereins "Frauen helfen Frauen e.V." als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 KJHG 499/2002
- 14. "Mein Kind ist anders"
  Familienbildungsangebot für Eltern von Kindern mit Behinderungen
  498/2002
- 15. Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach für alle Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis
  503/2002
- 16. Fortsetzung der Förderung der Suchtprävention und Sexualpädagogik 451/2002
- 17. Anfrage der Fraktion KIDitiative vom 20.08.2002 bezüglich der Änderung des Spielplatzkonzeptes im Neubaugebiet Friedrich-Offermann-Straße 578/2002
- 18. Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

# Bereich Soziales

# A Öffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 27.06.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil- 541/2002
- 3. Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Soziales öffentlicher Teil-
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil- 542/2002
- 5. Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Aufgabenfeld des Fachbereichs 5 "Jugend und Soziales" in der Stadt Bergisch Gladbach 550/2002
- **6.** Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen/ Senioren 551/2002
- 7. Wohnungssituation in Bergisch Gladbach
  - Jahresbericht 2001
  - Wohnungsbauprogramm 2002 *543/2002*
- 8. Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

# **Protokollierung**

# Bereich Jugend

# A Öffentlicher Teil

# 1 <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit</u>

Herr Hoffstadt eröffnet die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:05 Uhr. Er begrüßt die Anwesenden und entschuldigt die Vorsitzende. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er dankt dem Kreisverband RheinBerg des Deutschen Roten Kreuzes dafür, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) die Möglichkeit erhalten hat, in den Räumen der Kindertagesstätte zu tagen.

# 2 Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 27.06.2002 liegt noch nicht vor. Die Genehmigung muss daher in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.11.2002 erfolgen.

# 3 <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 27.06.2002 im</u> Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Auf Nachfrage von Herrn Schnöring teilt Herr Zenz mit, dass der Direktor des Arbeitsamtes auf das an ihn gerichtete Schreiben bislang nicht reagiert hat. Die Verwaltung hatte das Unverständnis des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bezüglich der Entscheidung des Arbeitsamtes, dass Mitarbeiter aus Gründen fehlender personeller Kapazitäten derzeit nicht an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teilnehmen können, mitgeteilt.

Bezüglich der gewünschten Prioritätensetzung zur Realisierung des Bolzplatzes in Neu-Frankenforst fragt Herr Schnöring nach dem Sachstand.

Herr Hastrich teilt mit, dass seitens des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* eine einvernehmliche Lösung mit dem Fachbereich 6 – *Planen und Bauen* angestrebt wird.

Frau Wöber-Servaes fragt bezüglich des Neubaugebietes *Im Plackenbruch* in Schildgen nach, ob der Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* in die Planungen

einbezogen ist.

Herr Hastrich bestätigt, dass Anliegen der Jugendhilfe bei der Planung von Neubaugebieten nach Möglichkeit eingebracht werden.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

# 4 <u>Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Jugend -</u> öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden vor.

# 5 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich verweist zunächst auf die Mitteilungsvorlage und verteilt die angekündigte Tischvorlage zur Personalsituation im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales*, die dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist. Auf Nachfrage erläutert Herr Hastrich, dass die halbe Stelle in der Sachgebietsleitung des Bereichs *Hilfe zur Arbeit* durch die Freistellung von Herrn Dekker für dessen Personalratstätigkeit vakant geworden ist.

Die halbe Stelle im *Seniorenbüro* ist seit September vakant. Hier soll zunächst versucht werden, mit dem reduzierten Personalbestand zu arbeiten. Insgesamt stellt Herr Hastrich fest, dass sich die Personalsituation seit dem Bericht in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 27.06.2002 entspannt hat.

Frau Wöber-Servaes führt aus, dass die CDU-Fraktion über die Kürzungen im Entwurf des Landeshaushalts 2003 im Hinblick auf die in der Mitteilungsvorlage genannten Bereiche entsetzt ist. Sie hofft, dass im Interesse der Kinder, Jugendlichen und Familien durch Verhandlungen noch Korrekturen zu erreichen sind.

Herr Schnöring schlägt vor, eine darauf gerichtete Resolution zu verfassen.

Dem schließen sich die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) an. Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Resolution zu entwerfen und zur interfraktionellen Abstimmung vorzulegen.

Herr Neuheuser schlägt vor, die Bürgermeisterin möge dahingehend auf die kommunalen Spitzenverbände einwirken, dass die Schaffung von Kindergartenplätzen auch weiterhin gefördert wird.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet von der Sitzung des Gleichstellungsausschusses des Städte- und Gemeindebundes. Einerseits wurde berichtet, dass 40 Mio. € für die Kindergartenförderung vorgesehen sind, andererseits ist der vorliegenden Mitteilungsvorlage zu entnehmen, dass im Entwurf des Landeshaushalts 2003 eine Kürzung der Investitionsförderung in Höhe von 2,7 Mio. € vorgesehen ist. Sie fragt nach, wie dies miteinander zu vereinbaren ist.

Herr Kotulla antwortet, dass in der nächsten Woche eine Sitzung des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes mit anschließender Mitgliederversammlung stattfindet, an der auch Mitglieder des Rates teilnehmen. Herr Kotulla weist darauf hin, dass dies das geeignete Forum sei, die vorgebrachte Kritik vorzutragen und Fragen zu stellen.

# 6 <u>Fortführung der Mittelfristigen Planung im Bereich der "Investitionszuschüsse</u> Jugendfreizeitheime"

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

# **Beschluss**:

Der von der Verwaltung entwickelten Vorgehensweise wird zugestimmt.

# 7 Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Schildgen/Altenberg auf Förderung der Renovierungs- und Umbaukosten für die Jugendräume im Evangelischen Gemeindezentrum Andreaskirche

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

## Beschluss:

Dem Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde Schildgen auf Förderung der Umbau- und Renovierungskosten für die Jugendräume im Evangelischen Gemeindezentrum Andreaskirche wird zugestimmt. Entsprechend dem Antrag wird der maximale Förderbetrag auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 60.000 € auf 18.000 € festgesetzt. Ein Teilbetrag in Höhe von 9.000 € steht für 2002 zur Verfügung, die restlichen Fördermittel in Höhe von 9.000 € werden vorbehaltlich der Bereitstellung im Haushalt des Jahres 2003 im kommenden Jahr ausgezahlt.

# 8 Antrag des Vereins "Haus für die Jugend" Moitzfeld auf Förderung der Außenanlagen des Jugendtreffs

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

# Beschluss:

Dem Antrag des Vereins "Haus für die Jugend Moitzfeld e.V." auf Förderung der Kosten zur Gestaltung des Außenbereichs für die Kinder- und Jugendarbeit wird dem Grunde nach zugestimmt. Abweichend vom ursprünglichen Antrag des Vereins auf eine Förderung von 20.000 € wird der maximale Förderbetrag auf der Grundlage von Kosten in Höhe von 28.800 € auf 12.360 € festgesetzt. Ein erster Teil des Betrags in Höhe von 8.000 € steht für 2002 zur Verfügung. Der Restbetrag der Fördermittel wird vorbehaltlich der Bereitstellung im Haushalt

### 2003 ausgezahlt.

# 9 <u>Innenausstattung der Probenräume des DRK-Jugendtreffs in Paffrath</u>

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

# **Beschluss**:

Die zur Ausstattung der Musikprobenräume mit Schallschutzplatten notwendigen Mittel in einem Umfang bis zu 4.854,60 € werden aus der Haushaltsstelle 1.460.9870.20 – Investitionszuschüsse Jugendfreizeitheime – übernommen. Die Mittel stehen zur Verfügung.

Es ist zu prüfen, inwieweit der Mittelbedarf durch Eigenleistung reduziert werden kann.

# 10 Antrag des Vereins zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit e.V. vom 29. Juli 2002 auf Senkung des Trägeranteils für die Betriebskosten des ZAK Jugendtreffs um 9 %

In der Diskussion wird deutlich, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) die Sorge haben, dass die Fortsetzung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gefährdet sein könnte, falls sie dem Beschlussvorschlag folgen und die beantragten finanziellen Mittel für das Jahr 2003 nicht zur Verfügung gestellt werden.

Während Herr Schnöring daran erinnert, dass das *ZAK* (*Zentrum für Aktion und Kultur*) seinerzeit als Einrichtung mit Modellcharakter, die verschiedene Angebote unter einem Dach beheimatet, gewollt war, macht Frau Schöttler-Fuchs darauf aufmerksam, dass sich durch die zukünftig geplante und unter Tagesordnungspunkt 11 dargestellte sozialräumliche Ausrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für das *ZAK* neue Finanzierungsmöglichkeiten eröffnen könnten. Der ablehnende Beschlussvorschlag erscheint ihr damit in einem anderen Licht. Sie regt an, den Träger zu ermuntern, den Antrag im kommenden Jahr zu wiederholen.

Herr Hastrich betont, dass die Arbeit, die die Einrichtung leistet, in Gesprächen zwischen Verwaltung und Träger stets positiv anerkannt wird. Im Jahre 2003 ist die Schließung der Einrichtung nicht zu befürchten, wenn die beantragten Mittel ausbleiben. Er benennt das Ziel, mit neuen Systemen zu einer anderen Mittelverteilung zu kommen und die Arbeit, die in Einrichtungen geleistet wird, abzusichern. Darüber hinaus gibt Herr Hastrich zu bedenken, dass die beschlossenen Förderrichtlinien der Stadt durch eine Einzelfallentscheidung umgangen werden, falls dem vorliegenden Antrag des *ZAK* entsprochen würde.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) sind darin einig, hier keinen Einzelfall schaffen zu wollen, der Anträge weiterer Träger nach sich ziehen könnte.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig mit einer Enthaltung folgenden

#### **Beschluss**:

Der Antrag des Vereins zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit e.V. wird abgelehnt.

# 11 <u>Sozialräumliche Ausrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch</u> <u>Gladbach</u>

Für die CDU-Fraktion beantragt Frau Schu, den Beschluss nur auf den zweiten Teil des Beschlussvorschlags zu begrenzen, der den Auftrag an die Verwaltung enthält. Den ersten Teil des vorgelegten Beschlussvorschlags möge der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als Mitteilung zur Kenntnis nehmen.

Frau Schöttler-Fuchs führt aus, dass die SPD-Fraktion die Neuorientierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit unter dem Leitziel "Sozialraumorientierung" begrüßt und empfiehlt, in der Umsetzung zügig voran zu schreiten. Sie hebt hervor, dass neben der beabsichtigten Neuorientierung Ressourcen freigesetzt werden. Es wird Wert darauf gelegt, die anstehenden Fragen mit den in den Einrichtungen tätigen Pädagogen ausgiebig zu diskutieren.

Dieser positiven Äußerung schließt sich Herr Neuheuser im Namen der Fraktion KIDitiative an. Er warnt davor, die Vorlage vorrangig unter dem Aspekt möglicher Einsparpotentiale zu bewerten. Die Qualitätssicherung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit muss ebenfalls Ziel der Neuorientierung sein.

Herr Schnöring ergänzt, dass die Neuorientierung geeignet sei, die Schließung von Einrichtungen, die im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendhilfe arbeiten, zu verhindern.

Herr Hastrich bestätigt, dass die Beschlussvorlage zunächst Eckpunkte zur inhaltlichen Neuorientierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit benennt. Weiterhin werden Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Finanzierung der Aufgabe aufgezeigt. Er verdeutlicht, dass künftig Finanzmittel, die noch für das Haushaltsjahr 2002 veranschlagt wurden, in Zukunft nicht mehr in dieser Höhe verfügbar sein werden. Mithin muss erreicht werden, mit beschränkten finanziellen Mitteln angemessene Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vorhalten zu können. Erste Gespräche mit Trägern sowie Leiterinnen und Leitern von Einrichtungen haben bereits stattgefunden. Herr Hastrich bestätigt, dass die Neuausrichtung nur im gemeinsamen Verfahren zu bewältigen ist. Für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.11.2002 kündigt Herr Hastrich die konkretisierende Zielvereinbarung an.

Herr Kotulla bekräftigt, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen in den kommenden Jahren verschärfen wird. Deshalb sind intelligente Lösungen gefragt, die die Schließung von Einrichtungen verhindern oder zumindest geeignet sind, sie hinauszuzögern.

Auf Nachfrage von Herrn Hastrich bestätigen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), dass sie die Ausführungen des ersten Teil des vorgelegten Beschlussvorschlags grundsätzlich unterstützen. In diesem Fall hat Herr Hastrich keine Bedenken, wenn der Ausschuss lediglich über den zweiten Teil der Beschlussvorlage abstimmt.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

### Beschluss:

#### Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1. eine entsprechende Zielvereinbarung im November 2002 in den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) einzubringen,
- 2. mit den Trägern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unter Einbeziehung der Zielgruppen der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der zuständigen Gremien der Jugendhilfeplanung die Neuausrichtung zu konkretisieren. Das zu erarbeitende Konzept und die zu schließenden Vereinbarungen sollen bis zur Mitte des Jahres 2003 soweit abgestimmt sein, dass die praktische Umsetzung in der zweiten Jahreshälfte 2003 flächendeckend beginnen kann.

# 12 <u>Kinderspielkreis an St. Elisabeth</u> Antrag auf Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe nach § 75 KJHG

Zur Arbeit der Spielgruppen bittet Frau Münzer zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) den aktuellen Stand in Form einer Bedarfsstatistik vorzulegen. Nach ihrer Ansicht hat sich die Nachfrage nach Spielgruppenplätzen verändert. Hierauf müsse frühestmöglich reagiert und verhindert werden, dass Anbieter sich schlimmstenfalls gegenseitig Kinder abwerben würden. Sie weist in diesem Zusammenhang auch auf die Angebote der Familienbildungseinrichtungen hin.

Herr Hastrich sagt zu, eine entsprechende Mitteilungsvorlage zu erarbeiten.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

### **Beschluss**:

- 1. Der Verein "Kinderspielkreis an St. Elisabeth" wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG anerkannt.
- 2. Die Stadt Bergisch Gladbach fördert die Spielgruppe dieses Trägers gemäß den städt. Richtlinien zur Förderung der Spielgruppen

# Anerkennung des Vereins "Frauen helfen Frauen e.V." als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 KJHG

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne

Enthaltung folgenden

### **Beschluss**:

Der Verein "Frauen helfen Frauen e.V.", Hauptstr. 182, 51465 Bergisch Gladbach, wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG anerkannt.

### 14 "Mein Kind ist anders"

# Familienbildungsangebot für Eltern von Kindern mit Behinderungen

Herr Hoffstadt begrüßt das Familienangebot für Eltern von Kindern mit Behinderungen als ein niederschwelliges Angebot, wie es sich der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bereits seit Jahren wünscht. Dem stimmen die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu und nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

# 15 <u>Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle beim Jugendamt</u> der Stadt Bergisch Gladbach für alle Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis

Frau Schu bittet die stellenplanmäßigen Auswirkungen zu verdeutlichen, die die Einrichtung der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle auf den Stellenplan der Stadt Bergisch Gladbach haben wird.

Herr Hastrich erläutert, dass sich mit Wirkung vom 01.01.2003 die Bedingungen im Hinblick auf die Personalanforderungen für Adoptionsvermittlungsstellen verändern werden. Da kein Jugendamt im Rheinisch-Bergischen Kreis in der Lage ist, allein die geforderten personellen Bedingungen zu erfüllen, wurde eine Kooperation angestrebt. Dies führt im Ergebnis zu einer Einsparmöglichkeit von 0,25 Stelle. Insgesamt wird das Personal für den Bereich der Adoptionsvermittlung beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach jedoch aufgestockt. Dies wird dadurch erreicht, dass eine Fachkraft, die im Bereich des Rheinisch-Bergischen Kreises in diesem Aufgabengebiet tätig ist, per Gestellungsvertrag übernommen wird. Die Fachkraft wird in ca. 1 ½ Jahren aus dem Dienst ausscheiden. Dies eröffnet die Möglichkeit, hinsichtlich der Personalbemessung gegebenenfalls neue Entscheidungen treffen zu können.

Auf Nachfrage von Frau Schu, ob die erforderliche Genehmigung des Landesjugendamtes zur Einrichtung der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle bereits vorliegt, teilt Herr Zenz mit, dass die angesprochene Genehmigung noch nicht beantragt werden konnte. Sobald alle Jugendhilfeausschüsse der beteiligten Kommunen der Einrichtung zugestimmt haben, wird die Genehmigung bei der Bezirksregierung und dem Landesjugendamt beantragt. Die Beantragung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der Räte und des Kreistages. Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

#### **Beschluss**:

- 1. Der Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle für alle Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach ab dem 01.01.2003 wird zugestimmt.
- 2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die als Anlage 1 beigefügte öffentlichrechtliche Vereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle, die am 01.01.2003 in Kraft treten soll, abzuschließen und die erforderliche Genehmigung einzuholen.
- 3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die als Anlage 2 beigefügte Leistungsund Finanzierungsvereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle, die am 01.01.2003 in Kraft treten soll, abzuschließen. Die Zustimmung der Zentralen Adoptionsvermittlungsstelle des Landesjugendamtes Rheinland zur Bildung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle ist einzuholen.
- 4. Den durch die Übernahme dieser Aufgabe erforderlichen Veränderungen im Stellenplan des Fachbereiches Jugend und Soziales und dem Abschluss eines Gestellungsvertrages zwischen dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Stadt Bergisch Gladbach über die Gestellung einer auch weiterhin bei der Kreisverwaltung angestellten Fachkraft (0,75 Stelle) wird zugestimmt.

## 16 Fortsetzung der Förderung der Suchtprävention und Sexualpädagogik

Herr Köchling verlässt die Sitzungsrunde wegen Befangenheit.

Frau Schu fragt nach, ob die Landesmittel im Jahre 2003 in der dargestellten Höhe tatsächlich zu erwarten sind.

Herr Hastrich antwortet, dass davon auszugehen ist, dass die Landesmittel tatsächlich ausgezahlt werden. Allerdings ist den Trägern noch keine verbindliche Zusage zugegangen.

Auf Nachfrage von Frau Wöber-Servaes stellt Herr Zenz fest, dass der finanzielle Anteil, den die Stadt Bergisch Gladbach beisteuern soll, für die Jahre 2001 bis 2003 konstant geblieben ist.

Herr Kotulla ergänzt, dass die Zuschussgewährung seitens der Stadt Bergisch Gladbach an die Landesförderung gekoppelt ist.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

### **Beschluss:**

1. Die Vereinbarung über die Aufgaben und Finanzierung der Suchtprävention, Sexualpädagogik und Aidsprävention des Fachdienstes

Prävention mit den Trägern Kath. Erziehungsberatung e.V. und Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. soll bis einschl. 2003 fortgesetzt werden.

- 2. Die Stadt Bergisch Gladbach sichert eine Finanzierungsbeteiligung in Höhe von bis zu 45.827 € zu.
- 3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Produktkritik für die Zeit nach 2003 rechtzeitig ein Leistungs- und Finanzierungskonzept für die Präventionsarbeit mit den angrenzenden Jugendämtern im Rheinisch-Bergischen Kreis und den Trägern zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Köchling kehrt in die Sitzungsrunde zurück.

# 17 <u>Anfrage der Fraktion KIDitiative vom 20.08.2002 bezüglich der Änderung des Spielplatzkonzeptes im Neubaugebiet Friedrich-Offermann-Straße</u>

Herr Hastrich führt aus, dass die Anfrage der Fraktion KIDitiative vom 30.08.2002 zwei Inhalte hatte. Zum einen war nach Meinung der Fraktion festzustellen, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nicht berechtigt war, einen weitgehenden Eingriff in das vom Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) seinerzeit beschlossene Spielplatzkonzept des Spielplatzes im Neubaugebiet Friedrich-Offermann-Straße vorzunehmen. Zum anderen wurde gefordert, die Bürgermeisterin möge diesen Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beanstanden.

Die Bürgermeisterin hat die Beanstandung zwischenzeitlich vorgenommen. Sie hat zur Folge, dass die Angelegenheit zunächst erneut im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zu beraten ist. Herr Hastrich teilt mit, dass eine entsprechende Vorlage für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.11.2002 vorgesehen ist.

Herr Hastrich zitiert aus dem Schreiben der Bürgermeisterin an die Fraktion KIDitiative, in dem die ausführliche Begründung für die Beanstandung nachzulesen ist. Das Antwortschreiben an Herrn Neuheuser ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Herr Neuheuser führt aus, dass er die in der Anfrage dargestellte Begründung bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 11.07.2002 gegeben habe, diese aber nicht entsprechend gewürdigt wurde. Mit dem Schreiben an die Bürgermeisterin und der Bitte um Beanstandung habe er insbesondere die jeweiligen Befugnisse beider Ausschüsse im Hinblick auf die Spielplatzplanung klären wollen.

Herr Schnöring begrüßt die Beanstandung durch die Bürgermeisterin. Es sei notwendig, das Votum des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als Fachausschuss für die Spielplatzplanung zu beachten.

Frau Schu fordert eine zukünftig bessere Koordinierung zwischen den zuständigen Fachbereichen

Unter dem Applaus der Ausschussmitglieder dankt der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herrn Neuheuser dafür, dass er die Interessen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) engagiert vertreten hat.

18

# Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

### 18.1. Einladung zum Fachgespräch am 01.10.2002

Frau Wöber-Servaes spricht die Einladung des Fachbereichsleiters zum Fachgespräch am 01.10.2002 an. Einerseits bemängelt sie die kurze Einladungsfrist und zum anderen bittet sie mitzuteilen, bis wann eine Entscheidung über die Teilnahme erwünscht ist.

Herr Hastrich entschuldigt sich für die kurze Einladungsfrist und begründet dies mit einer organisatorischen Panne, die zum späten Versand der Einladung geführt hatte. Im Übrigen sei der Termin aber bereits mit den Fraktionssprecher/innen Mitte August abgestimmt worden – wie im Einladungsschreiben vermerkt. Als Termin für Zu- oder Absagen nennt Herr Hastrich den 25.09.2002.

### 18.2. Musikproberäume in der Johannes-Gutenberg-Realschule

Bezogen auf einen Artikel in der Lokalpresse fragt Frau Schöttler-Fuchs an, ob es den Tatsachen entspricht, dass für die Herrichtung von Räumen der Johannes-Gutenberg-Realschule als Musikproberäume eine Kraft aus einer Arbeitsbeschaffungsmaße gewonnen werden kann.

Herr Zenz antwortet, dass sich der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) bereits mehrfach mit dem Thema der Herrichtung von Musikproberäumen beschäftigt hat. So sinnvoll die Maßnahme auch aus der Sicht der Verwaltung ist, ist die Maßnahme aus städtischen Mitteln nicht umsetzbar. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Evgl. Kirchengemeinde als Träger des *Q1 Jugend-Kulturzentrums* um die Realisierung bemüht und versucht, das Vorhaben aus eigenen Mitteln, unter Beteiligung junger Menschen und eventuell einer ABM-Kraft weiter zu verfolgen. Herr Zenz hebt besonders das Engagement von Herrn Nonn hervor.

Herr Hoffstadt bittet die Verwaltung, dieses nachahmenswerte Unternehmen nach Kräften zu unterstützen.

### 18.3. Erinnerung an die Wiederbeantragung von städtischen Leistungen

Herr Schnöring fragt an, ob Eltern, die von der Zahlung von Kindergartenbeiträgen befreit wurden oder Bürgerinnen und Bürger, denen Wohngeld bewilligt wurde, vor Ablauf des Bewilligungszeitraums seitens der Stadt Bergisch Gladbach an die erneute Beantragung erinnert werden.

Herr Zenz antwortet, dass in dem Bescheid, der die Eltern zu Beginn des Kindergartenjahres für das jeweilige Kindergartenjahr von der Zahlung der Kindergartenbeiträge befreit, das Ende des Bewilligungszeitraumes (längstens das Kindergartenjahr) angegeben ist. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass die weitere Befreiung bezogen auf das kommende Kindergartenjahr erneut zu beantragen ist. Ein Erinnerungsschreiben wird nicht versandt.

Die Anfrage bezüglich des Verfahrens bei der Wiederbeantragung von Wohngeld wird schriftlich beantwortet.

# 18.4. Stiftung eines Fußballs zugunsten von Bürger für uns Pänz

Frau Zanders weist darauf hin, dass der Chefarzt des Marienkrankenhauses und medizinische Betreuer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, Dr. Josef Schmitt, einen Fußball mit allen Autogrammen der deutschen Fußball-Vizeweltmeister zugunsten von *Bürger für uns Pänz* gestiftet hat. Der Ball kann in der Hauptstelle der Paffrather Raiffeisenbank in der Hauptstraße besichtigt werden. Bis zum 12. Oktober 2002 können Gebote abgegeben werden, um den Ball zu ersteigern.

Herr Hoffstadt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18:14 Uhr.

Aufgrund der Vielzahl der Besucher beschließt der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Jugend unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Soziales zu beraten.

# Bereich Soziales

# A <u>Öffentlicher Teil</u>

Aufgrund der Vielzahl der Besucher beschließt der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss), im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Jugend unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Soziales zu beraten.

Herr Hoffstadt eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:14 Uhr.

# 1 Genehmigung der Niederschrift für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 27.06.2002 liegt noch nicht vor. Die Genehmigung muss daher in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.11.2002 erfolgen.

# 2 <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 27.06.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-</u>

Herr Hastrich führt aus, dass mit den umliegenden Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises eine Übereinkunft getroffen wurde, dass sich diese an der Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle beteiligen. Nach seinen Informationen haben alle Kommunen, bis auf die Gemeinde Odenthal, zwischenzeitlich darauf gerichtete Gremiumsbeschlüsse gefasst.

Das Thema steht ebenfalls auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 10.10.2002.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

# 3 <u>Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden für den Bereich Soziales -</u> öffentlicher Teil-

Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden liegen nicht vor.

# 4 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich verweist auf die Mitteilungsvorlage.

# 5 Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Aufgabenfeld des Fachbereichs 5 "Jugend und Soziales" in der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Hoffstadt weist eingangs darauf hin, dass die Beschlussvorlage die endgültig zwischen Verwaltung und freien Trägern abgestimmte Fassung der Rahmenrichtlinien enthält.

Frau Schu fragt nach, warum eine Behandlung der Rahmenrichtlinien im Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgesehen ist, obwohl keine konkreten Zahlen in der Beschlussvorlage genannt sind.

Herr Kotulla führt aus, dass es sich um eine Thematik handelt, die finanzielle Auswirkungen haben wird. Es gilt, die Richtlinien in den nächsten Sitzungen zu konkretisieren. Um Gesamtzusammenhänge erkennen zu können, ist es wichtig, nicht nur die späteren Vorlagen zu erhalten, die Aufschluss über finanzielle Dimensionen geben, sondern bereits die Rahmenbedingungen, die ihnen zugrunde liegen.

Herr Hastrich führt aus, dass die Rahmenrichtlinien ähnlich wie das Ortsrecht zu betrachten sind. Ihre finanziellen Auswirkungen werden beträchtlich sein.

Herr Köchling fragt nach, ob die bisherigen Vereinbarungen in Kraft bleiben, falls bis zum 01.01.2003 keine Vereinbarungen nach dem neuen Modell geschlossen sind. Er betont, dass die freien Träger auch die Möglichkeit haben müssen, die neuen Vereinbarungen umzusetzen. Dies müsse seiner Meinung nach in Übergangsvorschriften geregelt werden.

Herr Hoffstadt hält es für wichtig, dass die freien Träger insbesondere im Hinblick auf die personelle Ausstattung mit den Vereinbarungen auch zurecht kommen.

Herr Hastrich räumt ein, dass der ambitionierte Zeitplan, den die Verwaltung im Frühjahr vorgestellt hat, nicht eingehalten werden konnte. Die Abstimmung der Rahmenrichtlinien mit den freien Trägern hatte einen größeren zeitlichen Umfang eingenommen als ursprünglich veranschlagt. Für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 21.11.2002 kündigt Herr Hastrich eine Beschlussvorlage an, die, differenziert nach Aufgabenfeldern, Übergangslösungen vorschlagen wird, soweit dies erforderlich ist. Er betont, dass der Übergang zu neuen Vereinbarungen und ggf. Beendigungen von städtischen Finanzierungen mit den freien Trägern und den Einrichtungen sorgfältig und gezielt vorbereitet werden muss. Dies gebietet der faire Umgang miteinander.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

# Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) empfiehlt dem Rat, die Rahmenrichtlinien zur Zusammenarbeit mit den und zur Finanzierung von Leistungen freier Träger im Aufgabenfeld des Fachbereichs 5 "Jugend und Soziales" in der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung vom 29.08.2002 zu beschließen und in Kraft zu setzen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die letzte Sitzung des Ausschusses im Jahr 2003 einen Erfahrungsbericht unter Einbeziehung des Votums der freien Träger vorzulegen. Mit dem Bericht zusammen sollen gegebenenfalls Empfehlungen zur Änderung der Rahmenrichtlinien vorgelegt werden.

### 6 Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen/ Senioren

Frau Schu stellt fest, dass sich finanzielle Auswirkungen ergeben werden, falls die Zielvereinbarungen in der vorgeschlagenen Weise beschlossen werden. Sie fragt nach, welche Auswirkungen Kürzungen im Landeshaushalt für diesen Bereich haben könnten.

Herr Hastrich antwortet, dass Kürzungen im Landeshaushalt keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Aufgabenfeld der Altenhilfe hat.

Frau Schöttler-Fuchs teilt mit, dass ihr die vorgestellten Ansätze nicht innovativ genug sind. Sie wünscht sich mehr Vernetzungsmöglichkeiten zwischen Jung und Alt und die Umsetzung sozialraumübergreifender Ansätze. Als Beispiele nennt sie: Eröffnung einer Krabbelgruppe im Seniorenzentrum; Senioren erhalten das Angebot, ihr Mittagessen gemeinsam mit den Kindern der benachbarten Kindertagesstätte in deren Einrichtung einzunehmen.

Herr Hastrich erläutert, dass es sich um eine erste Beschlussvorlage der Verwaltung zur Umsetzung der soeben beschlossenen Rahmenrichtlinien handelt. Es ist gewünscht, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) die Beratungsprozesse begleiten soll. Er möge von der Richtung, in die die Verwaltung gehen will, Kenntnis nehmen und ihr das Signal geben, den skizzierten Weg weiter zu beschreiten. Für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschusses) am 21.11.2002 ist die Vorlage einer überarbeiteten Zielvereinbarung vorgesehen. Bis zur genannten Sitzung wird die vorgelegte Fassung mit dem Seniorenbeirat und den im Feld *Altenhilfe* tätigen freien Trägern erörtert. Die Ergebnisse werden in die überarbeitete Version einfließen.

von Herrn Hastrich die Bereitschaft erkennbar, gemeinsam mit der Stadt nach Möglichkeiten suchen zu wollen, künftig auch mit geringeren finanziellen Mitteln seniorengerechte Angebote unterbreiten zu können.

Herr Kölschbach berichtet, dass sich der Seniorenbeirat eingehend mit der vorgelegten Zielvereinbarung befasst hat. Als gravierendstes Problem hat er dabei die Finanzierungsfrage herausgearbeitet. Herr Kölschbach fragt, welche Auswirkungen es hat, wenn die Stadt Bergisch Gladbach gezwungen ist, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen: Werden dann Ausgaben für die Seniorenarbeit als freiwillige Leistungen gestrichen? Er bittet den Stadtkämmerer um Auskunft, wie in diesem Fall vorgegangen wird.

Herr Kotulla stellt dar, dass eine Kommune, die ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen hat, darlegen muss, wie sie innerhalb von fünf Jahren einen strukturellen Haushaltsausgleich erreichen will. Er bestätigt, dass die Kürzung freiwilliger Leistungen eine zu ergreifende Maßnahme darstellt. Als Stadtkämmerer setzt er mit

auf die künftige Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kommunen, etwa der verbesserten Teilhabe am Steueraufkommen und der Anpassung von Landeszuweisungen. Sie sind unverzichtbar dafür, dass Kommunen einen sozialen Kahlschlag vermeiden können. Deshalb müssen die finanziellen Aussagen der Zielvereinbarungen aus seiner Sicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

### **Beschluss**:

# Die Verwaltung wird beauftragt

- 1. den vorliegenden Entwurf entsprechend den Diskussionsbeiträgen und Empfehlungen der heutigen Sitzung weiterzuentwickeln,
- 2. den Seniorenbeirat zur Zielvereinbarung anzuhören,
- 3. mit den im Feld "Altenhilfe" tätigen freien Trägern die Zielvereinbarung zu erörtern und entsprechende Leistungsvereinbarungen vorzubereiten, so dass diese noch in 2002 abgeschlossen werden können,
- 4. die überarbeitete Zielvereinbarung zur Beschlussfassung in die November-Sitzung des Jugendhilfe- und Sozialausschusses einzubringen.

# **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**

- Jahresbericht 2001
- Wohnungsbauprogramm 2002

Herr Hoffstadt zitiert aus der Mitteilungsvorlage, dass die Verwaltung aus Gründen fehlender zeitlicher Kapazitäten nicht in der Lage war, die zugesagte fachliche Stellungnahme zur Wohnungssituation in Bergisch Gladbach – Jahresbericht 2001 und Wohnungsbauprogramm 2002 – abzugeben. Daran anknüpfend schlägt Herr Hoffstadt vor, die Mitteilungsvorlage zunächst zur Kenntnis zu nehmen und die umfassende Diskussion erst dann zu führen, wenn die zugesagte Verwaltungsvorlage eingebracht wird. Einen gleichlautenden Vorschlag kündigt er für die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 26.09.2002 an.

Dieses Vorgehen unterstützt Herr Schnöring. Er bittet, in der zu erwartenden Verwaltungsvorlage insbesondere zu der Aussage Stellung zu nehmen, dass Familien mit geringem Einkommen und/oder einer hohen Zahl von Familienmitgliedern sowie Angehörige von Randgruppen nach wie vor große Probleme haben, sich mit ausreichend und vor allem bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Herr Schnöring möchte weiterhin dargestellt wissen, wie sich der Ablauf der Zweckbindung bei vielen Sozialwohnungen im Jahre 2003 auswirken wird.

# 8 Anfragen der Ausschussmitglieder für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Anfragen werden nicht gestellt.

Herr Hoffstadt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusse (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:36 Uhr.	S

Peter Hoffstadt
stellvertretender Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und
Sozialausschuss)

Sabine Biesenbach Schriftführerin